

## **A3** Einsetzung eines Bürger\*innenrats zur Frage "Wie beendet Deutschland bis 2035 die Nutzung fossiler Energien auf sozial gerechte Weise?"

Gremium:                      Stadtvorstand  
Beschlussdatum:            19.07.2023  
Tagesordnungspunkt:      2. Klimapolitik

5 Der Kreisverband Regensburg-Stadt von Bündnis 90/Die Grünen spricht sich für die  
6 Einsetzung eines Bürger\*innenrats durch den Bundestag aus. Der Bürger\*innenrat  
7 soll die Frage "Wie beendet Deutschland bis 2035 die Nutzung fossiler Energien  
8 auf sozial gerechte Weise?" diskutieren und Antworten auf diese Frage  
9 erarbeiten. Diese werden dem Bundestag anschließend als Gutachten vorgelegt und  
10 im Plenum debattiert. Die Abgeordneten entscheiden am Ende über die Umsetzung  
11 der Maßnahmenvorschläge.

12 Der Bürger\*innenrat setzt sich aus 160 zufällig gelosten Menschen zusammen, die  
13 ihren Erstwohnsitz in Deutschland haben. Die Zusammensetzung soll die  
14 Bevölkerung möglichst repräsentativ abbilden; bei der Losung wird daher auf  
15 individuelle Merkmale wie Geschlecht, Alter, regionale Herkunft und  
16 Einkommenshöhe geachtet. Der Bürger\*innenrat wird in seiner Arbeit eng  
17 begleitet. Zum einen gibt es eine neutrale Moderation, die auf eine gleiche  
18 Beteiligung aller Teilnehmenden achtet. Zum anderen steht dem Bürger\*innenrat  
19 ein Beirat aus Wissenschaftler\*innen und weiteren Expert\*innen in fachlichen  
20 Fragen zur Seite.

21 Wichtig ist zudem, dass optimale Bedingungen geschaffen werden, damit die breite  
22 Öffentlichkeit die Arbeit des Bürger\*innenrats mitverfolgen kann. So sollen  
23 beispielsweise auf einer Webseite die Vorträge und Stellungnahmen der  
24 Expert\*innen und über Social Media die wichtigen Stationen der  
25 Entscheidungsfindungsprozesse dokumentiert werden. Auch nach Abschluss der  
26 Arbeit des Bürger\*innenrats soll die Öffentlichkeit gut und breit informiert  
27 werden, wie mit den von ihm erarbeiteten Maßnahmen verfahren wird.

### **Begründung**

Ziel des Bürger\*innenrats ist es, den Beteiligungsdefiziten unserer Demokratie zu begegnen. Die Einsetzung eines Rats bringt Menschen und ihre Alltagsexpertise näher an die Entscheidungsprozesse der Bundespolitik. Die Einsetzung des Bürger\*innenrats schafft zudem die Möglichkeit, ein Thema aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Durch die repräsentative Auslosung kommen auch gesellschaftliche Gruppen zu Wort, die in klassischen Beteiligungsformaten weniger stark vertreten sind.

Die enge mediale Begleitung der Arbeit des Bürger\*innenrats gewährleistet eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Empfehlungen dieses Gremiums. Diese ist angesichts der hohen gesellschaftlichen Relevanz der zu diskutierenden Fragestellung von essentieller Bedeutung.